

Europäische Austeritätspolitik in der Kritik: kurzfristige Finanzmarktstabilisierung führt langfristig zur Schwächung des europäischen Sozialmodells und zu Vertrauensverlusten

Am Donnerstag, 23. Mai hat der Lehrstuhl für Didaktik der Sozialwissenschaften zu einer Diskussion zum Thema "DIE EURO-KRISE - Makroökonomische Hintergründe, soziale Folgen und politische Antworten" eingeladen. Ziel der Veranstaltung war es laut Prof. Dr. Sabine Manzel den Lehramtsstudierenden aufzuzeigen, dass sie politische Themen unter den drei Perspektiven Politik, Wirtschaft, Soziologie differenziert unterrichten können.



In seinem Eingangsvortrag demonstrierte Dr. Till van Treeck, Referent am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf den 30 Teilnehmer/-innen anschaulich makroökonomische Ursachen der Eurokrise: Ein Blick auf die Außenhandelsbilanzen und Lohnentwicklung in unterschiedlichen europäischen Staaten, aber auch im Vergleich zu Japan und den USA, ermöglicht differenzierte Bewertungen der von Deutschland vorangetriebenen Austeritätspolitik. Schuldenabbau und Ausgabenkürzungen seien begrenzte Instrumente, um die Wirtschaftskrise in Europa zu lösen. Maßnahmen dieser Sparpolitik griffen gravierend in die Arbeits- und Sozialpolitik der Euro-Länder ein.



In der anschließenden Podiumsdiskussion zur Frage "Mindestlöhne, Exportüberschüsse, Demokratiedefizite oder warum kommen wir nicht aus der Euro-Krise?" betonte Prof. Dr. Gerhard Bosch, Geschäftsführender Direktor am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Uni Duisburg-Essen, dass gerade die sozialen Folgen für die Gesellschaften nicht zu unterschätzen seien. Der „New Deal for Europe“, ein Abkommen zwischen Spanien und Deutschland zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Tarifautonomie und Arbeitsschutzgesetze würden in Griechenland durch die Auflagen der Troika substantiell ausgehebelt. Dr. Oliver Schwarz, Mitglied der EU-Forschungsgruppe am Institut für Politikwissenschaft der Uni Duisburg-Essen, betonte den Aspekt des Vertrauensverlusts in die europäischen Institutionen. Aktuelle Zahlen des Eurobarometers zeigen die Brisanz dieser Entwicklung: Das Misstrauen z.B. in Spanien gegenüber der EU ist von 23% auf aktuell 72% gestiegen, in Italien von 28% auf 53% und in Deutschland von 44% auf 59%. Zusätzlich etablieren sich anti-europäische Parteien (jüngst die Alternative für Deutschland, AfD): Das Brüsseler Parlament werde als politisch nicht relevante Größe wahrgenommen, Entscheidungen wie die Verordnung zum „Olivenöl-Kännchen“ in Restaurants geradezu als „lächerlich“ empfunden, so ein Student. Dieses Demokratiedefizit durch die steigende

Dominanz einzelner politischer Akteure führt zu der Forderung, dass die Nationalstaaten gestärkt werden, um den Abbau der sozialpolitischen Errungenschaften in der europäischen Mehrebenenpolitik zu verhindern. Schwarz erhofft sich sowohl von Frankreich, das die Position der europäischen Südländer stärker gegenüber dem Sparkurs von Merkel stärken könnte, als auch von der Kandidatur Martin Schulz', Präsident des Europäischen Parlaments, neue Impulse für Europa. Bosch plädierte für ein Ende des Lohndumpings in Deutschland und die Abwehr einer Politik der Deregulierung und Liberalisierung nach dem „Washington Consensus“. Van Treeck sprach sich für eine Begrenzung nicht nur der Defizite, sondern auch der Überschüsse aus, um das wirtschaftspolitische Gleichgewicht wieder herzustellen.



Trotz der von allen Beteiligten wahrgenommen Schwierigkeiten bei der Krisenbewältigung bestand am Ende Einigkeit darin, dass Europa mehr sei als nur ein Wirtschaftsraum. Es sei an der Zeit, der Dominanz der öffentlichen Diskussion um die Euro-Rettung die Vision eines gemeinsamen Europas gegenüberzustellen oder wie ein Student pointiert formulierte: Mehr Herz für Europa!